

55

83. Jahrgang

Die Reichstagswahl.

Das ganze deutsche Volk, vielleicht die ganze Welt, sieht in diesen Tagen unter dem Eindruck der Wahlen, die Deutschlands Zukunft den Weg weisen werden. Soweit wir in unserer nächsten nahestehenden Nachbarschaft die Lage überblicken können, haben die Wahlen eine Verschiebung nach rechts und nach links ergeben, die die Mehrheit der Regierungenkoalition wohl zu verringern, aber nicht zu zerstören vermocht hat. Schärfcr wird sich die Wendung zweifellos in den Großstädten und im Osten ausgespielt haben. Der Fortbestand der Koalition ist dadurch zweifellos stark gefährdet. Falls die Koalition, so werden die Schwierigkeiten einer Regierungsbildung unser Vaterland noch den schwersten Gefahren aussetzen. Die stärkste Einbuße hat überall die demokratische Partei erlitten, auf deren Kosten die Volkspartei und deutschnationale Partei, besonders auf dem Lande, zugenommen haben. Die Sozialdemokraten, die Hauptstieger von 1919, haben ebenfalls durchschnittlich Stimmen eingebüßt, wenn sie auch in einzelnen Orten Fortschritte zu machen vermochten. Ihr Verlust kam hauptsächlich den Unabhängigen zugute, die proportional sicher den stärksten Gewinn buchen konnten. Wahrscheinlich sind die sozialdemokratischen Abgaben an die U. S. A. noch bedeutender, als die Verluste der Mehrheitspartei erkennen lassen, die ihre Einbußen durch Gewinne von den bürgerlichen Parteien, vom Zentrum und der demokratischen Partei, zum großen Teil wieder wettgemacht hat. Im allgemeinen ist aber eine Stärkung als eine Schwächung der sozialistischen Parteien zu erkennen. Abwädelungen mußte sich nach der Zentrumssturm gefallen lassen, wenn er auch seine dominierende Stellung in den katholischen Gegenden gewahrt hat. Die Rechtsparteien haben sich stark entwickelt. Der Zustand an Stimmen ist sehr unterschiedlich hier den Deutschen, dort der Volkspartei zugefallen. Erstens war die starke Wahlbeteiligung, die als ein gutes Zeichen für die politische Reife des Volkes angesehen werden darf. In Limburg haben über 85 Prozent, auf dem Lande teilweise über 90 Prozent der Bevölkerung ihre Stimmkraft ausgeübt. Der äußere Eindruck des Wahltages war in Limburg kaum von dem der vorjährigen Wahlen unterschieden. Die öffentliche Reflexion hielt sich durch die hohen Papierpreise und die Armut der Parteikassen in bescheidenen Grenzen. Dafür verliehen sich die Parteien umso mehr auf ihre Wahlorganisation, wofür der eifrige Schlepperdienst, der in den Nachmittagsstunden einsetzte, das beste Zeugnis war.

Das Wahlergebnis in Lemberg.

Die eingeklammerten Ziffern bedeuten das Ergebnis von 1919.

	Kommunisten	U. S. F.	Sozialdem.	Demokraten	Senr.	D. Volksp.	D. nation.
I. Bezirk. 1539 (1181)	2	119 (2)	249 (329)	103 (149)	749 (744)	58 (32)	14 (0)
II. Bezirk. 897 (817)	0	57 (1)	187 (255)	100 (208)	346 (418)	65 (55)	13 (1)
III. Bezirk. 1937 (1547)	0	28 (3)	233 (163)	321 (444)	706 (739)	293 (237)	54 (13)
IV. Bezirk. 1626 (1291)	0	56 (5)	236 (215)	199 (266)	723 (788)	129 (94)	23 (1)
V. Bezirk. 1136 (1081)	0	46 (0)	170 (137)	127 (199)	735 (705)	130 (79)	20 (1)
Gesamt- ergebnis gegen die Nat. Verj. Zähl. 1919.	+2	+295	-29	-114	-135	+178	+108

Aus der Umgebung.

Die Doppelzeilen geben die Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung 1919 an.

	U e r	Engeln.	Demof.	Centrum	D. Volksp.	D. Nat.
Winter	0	130	7	0	15	106
Wilmeneich	0	118	46	0	3	69
Wensfelden	17	12	1	62	0	0
	9	142	24	0	26	267
Wülfen	0	191	149	0	13	177
Wuntem	6	54	2	69	0	8
Wuntem	14	89	0	10	114	94
Wuntem	2	89	22	0	103	3
Wuntem	0	101	82	3	28	0
Wuntem	16	138	19	358	16	1
Wuntem	31	228	50	435	40	1
Wuntem	77	49	22	430	6	0
Wuntem	0	138	35	546	5	0
Wuntem	38	118	1	277	1	0
Wuntem	14	29	34	0	55	32
Wuntem	96	190	36	20	78	38
Wuntem	75	198	162	26	28	13
Wuntem	19	17	1	286	3	0
Wuntem	62	58	9	316	19	0

Wienburg	68	441	661	178	645	73
	13	488	1073	171	528	35
Steeden	4	176	54	0	113	0
Montabaur	90	311	104	1434	46	131
Oberarrafkreis	1722	6721	2355	3561	4936	47
	405	8272	6011	3927	2243	341
Diez	86	491	397	225	407	151
Streis Wehlar	6106	7937	2391	604	6972	5857
Gamberg	81	148	123	827	56	78
	0	191	220	964	31	0
Tauborn	28	194	58	2	226	0
	0	313	298	1	49	36
Dehrn	47	112	7	427	4	21
	1	107	16	480	8	
Dieltkirchen	15	107	0	298	14	5
	2	112	8	305	0	0
Eisenbach	23	31	10	466	1	10
Elz	218	469	21	650	33	22
	82	406	34	1129	0	0
Erbach	68	130	18	292	9	1
Eichtelen	2	148	2	352	14	8
	1	84	4	436	0	1
Geisingen	3	110	34	0	150	83
	0	137	247	0	59	0
Hirberg	20	99	48	1	219	108
	0	137	347	0	59	0
Langenelternbach	46	0	26	486	39	2
Lindentol, Laufen	8	267	11	501	2	35

Kommunisten wurden in Döbrn 1, im Oberlahnkreis 2 gewählt, sonst sind sie überall ausgefallen.

Die Einberufung des neuen Reichstags.

Per lin, 3. Juni. (W.B.) Wie wir erfahren, ist die Frage des Zusammentritts des Reichstages von folgenden Terminen der Reichstagswahlen abhängig: 6. Juni: Wahltag. 9 Juni: Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke beim Reichswahlleiter. 10. Juni: Sitzung der Reichswahlkommission zur Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen. 11. Juni: Eingang der Bestimmungen der Wahlkreise bei den Verbandswahlleitern und beim Reichswahlleiter. 12. Juni: Sitzungen der Verbandsausschüsse zur Ermittlung der Zahl der aufgrund der Reichstimmern noch auf die Reichswahlvorschläge entfallenden Abgeordneten; Verteilung an die Reichswahlleiter und Abgabe der Reichstimmern an die Reichswahlleiter. 13. Juni: Sitzungen der Reichswahlkommission zur Verteilung der Abgeordnetenliste auf die Reichswahlvorschläge; Erklärung der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten als gewählt; Benachrichtigung der Gewählten; gleichzeitig Eingang der Reichstimmern der Wahlkreisverbände beim Reichswahlleiter. 14. Juni: Sitzung des Reichswahlkommissiones zur Feststellung der Zahl der auf der auf die Reichswahlvorschläge fallenden Abgeordnetenliste; Erklärung der entsprechenden Zahl von Abgeordneten als gewählt; Benachrichtigung der Gewählten. 15. Juni: Zustellung der Nachricht an die aufgrund der Reichsliste Gewählten über die Wahl. 22. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über die Annahme der Wahl aufgrund der Reichswahlvorschläge. 23. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über die Annahme der Wahl aufgrund der Reichsliste.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Berlin, 4. Juni (MTB.) Nach Mitteilung aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über den Abbau der Zwangswirtschaft werden bis 1. Juli aufgelöst sein: Der Kriegsaussschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel und die Kartoffelgesellschaft. Die Kriegsnährmittelgesellschaft hat ihre Tätigkeit soweit abgebaut, daß ihre Liquidation in wenigen Monaten beendigt ist. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird bis zum 1. August ihre bewirtschaftende Tätigkeit ganz eingestellt haben. In Verbindung mit der Auflösung wird die Einfuhr von frischem Obst sofort freigegeben, ausgenommen Luxusb Obst und Südschäfte. Die Einfuhr von frischem Gemüse soll spätestens vom 28. Juni ab erfolgen, wobei ebenso wie beim Obst Vorbehalte, daß Einfuhrbewilligungen und andere Formalitäten notwendig sind, nicht gemacht werden. Ferner wurde die beschleunigte Auflösung der Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel und Eier angeordnet; desgleichen wurde angeordnet der beschleunigte Abbau des Reichsmonopoliats für Fischversorgung. Ein schließlich der Neuregelung der Fischzufuhr jaweden Verhandlungen. Die Zentralstelle zur Beschaffung von Seeressverpflegung hat ihre Tätigkeit am 31. Mai eingestellt und wird bis zum 15. August soweit aufgelöst sein, daß nur noch eine kleine Abwickelungsstelle übrig sein wird. Ueber die Neuregelung der Fettwirtschaft sind Verhandlungen im Gange; im Zusammenhang damit wird der beschleunigte Abbau des Reichsaussschusses für Oel und Fette erfolgen. Die Reichsnahrungsmittelstelle ist vollkommen aufgelöst. Die Geschäfte sind von einer besonderen Abteilung der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte übernommen. Im Zusammenhang mit dem Abbau der Zwangswirtschaft ist endlich auf die Neuregelung der Kartoffelerzeugung zu verweisen, wobei eine wesentliche Forderung der bisherigen Zwangsbewirtschaftung eintreten soll. Die Sicherung für die Versorgung der künftigen Bevölkerung liegt hier bei den Städten selbst, die spätestens bis 19. Juli ihren Bedarf anmelden haben, sofern sie beliefert werden wollen. Der Abschluß von Lieferungsverträgen erfolgt auf Grund dieser Anmeldung.

Die Ernteaussichten.

Auf die Frage des Mitarbeiters des Berliner Tageblatts, wie man den Stand der Ernte zur Zeit beurteilen kann, erwiderte der preussische Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister Braun, daß man infolge der günstigen Witterung,

wenn das Wetter zur Erntezeit nicht schlecht würde, zum mindesten mit einer befriedigenden Mittelernte, wahrscheinlich aber mit einer reichlichen Ernte rechnen könne.

Unsere Zuckerverförmung.

Berlin, 3. Juni. Durch den im Magdeburger Gebiet ausgebrochenen Streik der Landarbeiter erscheint nach dem „Berliner Tageblatt“ die Zuckerrübenerte ernstlich bedroht. Wenn nicht rechtzeitig genügend Arbeitskräfte beschafft werden können, veruntrauen die Zuckerrüben und sind beiseitefalls nur noch als Viehfutter zu verwenden.

Falsche Verdächtigung hoher Beamten.

Berlin, 2. Juni. (WVB.) In Berlin kursieren seit einiger Zeit Gerüchte über Verläufe großer Mengen von Gewehren und militärischen Ausrüstungsgegenständen. Die Regierung ist den Gerüchten eifrig nachgegangen, zumal die Namen höherer Ministerialbeamte hineingezogen wurden. Es ist jetzt gelungen, die verschlungenen Fäden zu entwirren. Sie führen auf ausländische Stellen zurück, die sich mit großen Schiebergeschäften, mit sogenannten Luftgeschäften zu betheiligen scheinen. Die Untersuchung hat u. a. zur vorübergehenden Festnahme des Konsuls einer freundschaftlichen Macht geführt. Die verdächtigen Ministerialbeamten, deren vollständige Schuldlosigkeit festgestellt wurde, haben Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Untersuchung darüber, inwieweit im übrigen strafbare Handlungen vorliegen, dauert fort. Es ist zu hoffen, daß diesem Unwesen endgültig ein Ende bereitet wird.

Unglaubliche französische Ausdehnungen

Gleiwitz, 4. Juni. (BZ) Infolge schamlosen Benehmens einer Frauensperson gegenüber einem Franzosen, der sie in Schutz nahm, kam es gestern abend in einem hiesigen Tanzlokal zu einer wüsten Schlägerei seitens einer großen Anzahl französischer Soldaten, die sich unter Androhung von Waffengewalt Eintritt in die geschlossene Tanzgesellschaft verweigert hatten. Ein städtischer Wachmeister, der beruhigend einschreiten wollte, wurde mit den Knäueln aus dem Saal gedrängt. Darauf stürmten 150 Franzosen, wie die Breslauer Morgenzeitung meldet, eine in der Nähe liegende Polizeiwache. Die Beamten wurden übel zugerichtet, u. a. wurde ein schon auf dem Bette liegender schwer verletzter Beamter mit dem Seitengewehr gestochen. Auch die zu Hilfe gerufene Sicherheitspolizei geriet mit den Franzosen zusammen. Schließlich ergrieff die Franzosen, um sich der Verantwortung für ihre Taten zu entziehen, die Flucht. Heute abend findet eine große Kundgebung der Gleiwitzer Arbeiterschaft statt, die unter allen Umständen die Entwaffnung der Franzosen außerhalb dieses Dienstes verlangt. Der Gleiwitzer Magistrat sandte Telegramme an die Regierung, an die Geschäftsträger der Alliierten in Berlin, sowie an die Entente-Kommission in Appeln mit dem Ersuchen, sofort einzugreifen, da der Magistrat nicht mehr Herr der Lage sei.

Zur Abiretung Nord-Schleswigs.

Ueber die aufgezogene Klausen-Linie in dem Vertragsentwurf, auf den Deutschland binnen zehn Tagen Antwort geben soll, heißt es in der Deutschen Allgemeinen Zeitung: Die vorgesehene Grenze verläuft ungefähr wie die Klausen-Linie mit einigen Abweichungen zu Ungunsten Deutschlands. Neu ist gegenüber dem Friedensvertrag, daß Dänemark nicht nur den deutschen Staatsbeß, sondern auch den provinziellen Beß der Provinz Schleswig-Holstein und den Privatbeß aller deutschen Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Herzogthums erwerben soll. Alle Kauf-, Miet- und Pachtverträge in Bezug auf Staats- oder Provinzialgüter, nach dem Waffenstillstand abgeschlossen, sollen null und nichtig sein, wenn Dänemark nicht zustimmt.

Amerika und die farbigen Bejahungen.

In vielen amerikanischen Städten finden infolge der Bewegung gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten deutschen Gebiet Massenversammlungen statt. Die Erbitterung über die schwarze Schmach ist, wie verschiedenen Blättern gemeldet wird, am stärksten in deutsch-amerikanischen und in katholischen Kreisen.

Entente-Kommission und österreichische Anschlussbewegung.

Salzburg, 2. Juni (WZ). Der Kapitän der französischen Mission in Salzburg, L'Epine, der vor einigen Tagen sich beim Landesbaupräsidenten über die Anschlussbewegung informierte, sprach mit dem Vorstand der deutschen freirechtlichen Partei, Professor Karl Wagner, über die Gründe der Anschlussbewegung. Wagner erklärte ihm zunächst, es gäbe keine österreichische Nation neben der deutschen. „Wir Deutschen in Oesterreich“, sagte er, „sind Brüder des Deutschen Reiches. Sodann legte Professor Wagner auch die wirtschaftlichen Gründe für den Anschluss dar. Die von L'Epine befragte Donausöderation erklärte Wagner schon wegen des Hasses der nichtdeutschen Nationen gegen alles Deutsche für unmöglich. L'Epine gab zu bedenken, wie ein Aufgehen der Süddeutschen in das Reich nicht zu wünschen sei, weil dadurch die Eigenart der Süddeutschen bedroht wäre. Darauf erwiderte ihm Wagner, es könne gar nicht schaden, etwas von dem strammen norddeutschen Geist zu spüren zu bekommen. Schließlich kam L'Epine auf Bayern zu sprechen. Er sang ein Loblied auf den Kronprinzen Rupprecht und ließ durchblicken, dass auch Frankreich nichts dagegen haben würde, wenn sich Oesterreich an ein unter der Herrschaft Rupprechts stehendes Bayern anschlosse. Darauf betonte Wagner die unbedingt republikanische Gesinnung seiner Parteigenossen. Zum Schluss erklärte L'Epine, die Entente wäre bereit, den Anschluss Oesterreichs an Deutschland zu bewilligen, wenn der Beweis erbracht worden wäre, dass Oesterreich allein nicht leben könne.

Sowjetrußland.

In der Sowjetischen Zeitung schreibt der russische Politiker Josef Bessen über die gegenwärtige Lage in Sowjetrußland: Hunderttausende leben unter den furchterlichsten Zuständen. 1911 betrug die Sterblichkeit 21,5 pro Tausend, 1913 war sie auf 43,6 gestiegen, sie lagte 1919 auf 74,9 pro Tausend an. Gleichzeitig ist die Geburtenziffer in Petersburg von 29,4 im Jahre 1911 auf 13 pro Tausend im Jahre 1919 gefallen. Von Hunger und Kälte zermürdet war die Bevölkerung geneigt, den Bolschewisten die Hand entgegenzustrecken. Hätten diese nur das geringste Entgegenkommen gezeigt. Die Parole heißt in Sowjetrußland heute: Reparieren, koste es was es wolle. Je mehr neue Kleider und Pöken geschaffen werden, umso weniger wird wirklich gearbeitet und alles beschränkt sich auf die Auszahlung der Gehälter und die Verteilung der Rationen. Alle Gedanken sind ausschließlich auf die Selbsthaltung gerichtet.

Ein Wort des Friedens

Rom, 4. Juni. W. L. B. Der Papst richtete an das Episkopat der ganzen Welt eine Enzyklika über die christliche Verbrüderung und den Frieden. Er ermahnt alle Kinder der Kirche des ganzen Erdkreises, den ehemaligen Streit zu vergessen und an seine Stelle Eintracht und gegenseitige Liebe zu setzen. Der Papst fügt hinzu, daß er allen Feinden der katholischen Kirche verzeiht und keine Gelegenheit außer Acht lassen wolle, einem Gutes zu erweisen. Er schließt mit dem Wunsche, daß alle Christen, würdig dieses Namens, auch denen gegenüber so handeln möchten, die sie im Laufe des Krieges beleidigten.

Der Preissturz in Amerika.

Berlin, 4. Juni. Der Preissturz in den Vereinigten Staaten greift auf alle Waren über. So hat der Besitzer eines der größten Warenhäuser, Wammatel, in den Zeitungen veröffentlicht, daß er auf alle gekauften Waren noch nachträglich 20 Prozent des Preises zurückzahlen werde, was einen ungeheuren Andrang in den großen Warenhäusern zur Folge hatte. Die Preisstürze gehen teilweise bis zu 75 Prozent.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, den 7. Juni 1920.

Die Tariffage der Angestellten des Kleinhandels sind nun festgesetzt (siehe die Anzeige). Die Arbeitsgemeinschaft wird die vertragliche Einhaltung der Sätze fortgesetzt überwachen und zur Erledigung aller diesbezüglichen Fragen eine regelmäßige Sprechstunde Samstag nachmittags von 4—7 Uhr im Deutschen Haus abhalten.

Kirchenkonzert. Zum Zwecke der Ansammlung eines Fonds für die neuen Kirchenglocken fand in der evangelischen Kirche ein Konzert statt, unter Mitwirkung von Herrn Pfarrer Anlauf-Heddenhausen, der bewährten Kraft Frau Regierungsrat Reutener und Herrn Referendar Naht. Leider mit recht geringem Besuch, obwohl der Zweck der Veranstaltung ein sehr dringlicher erscheint. Herr Anlauf bot in den Orgelsoli von Joh. Seb. Bach sein Bestes, mit erhebender Einleitung und Schluß des Konzerts; das gleiche gilt von dem „Andante religioso“ getauften Orgelsolisten Konert, welcher allerdings eher in den Konzertsaal paßt, denn in die Kirche; (unser Literatur ist ja an guten Orgel-Originalwerken so reich, daß der Spieler absolut nicht in Verlegenheit kommen kann). Vorzügliches in gefanglicher Begleitung bot die unermüdete Frau Reutener in zwei Mendelssohn-Arien, namentlich der zwei A. Becker'schen. Die beiden eines Jubiläums von Rumpf und einem Lied von Pfannschmidt mit Geige und Orgel. Abnehmend stehen wir gegenüber der Bearbeitung von Mozarts unsterblichem Auerum, noch mehr der des Ave Maria von Gounod-Bach; bei welcher die herrliche Bach'sche Grundlage leider gänzlich unter den Tisch fiel. Es zeigt sich auch bei den Mendelssohn'schen Begleitungen, wie sehr das komplizierte Orgelwerk einer eingehenden Einarbeit seitens des Spielers bedarf, um sie zu meistern. Vorzügliches in seinen Soli wie in der Begleitung der Gesänge bot Herr Referendar Naht mit Violine und Bratsche; ein edler Ton, viel Empfinden und vornehme Auffassung liegen insbesondere seine Soli von Joh. Seb. und Phil. Emanuel Bach vollkommen wiedererkennen, daß man es mit Freunden begrüßt, wenn er seine Kunst öfters in den Dienst der Musica sacra stellt. Dankbar sei auch den zahlreicher Zuhörer aus den Reihen der katholischen Gemeinde gedacht, welche zum Glockenfond ihre Scherlein brachten gleich ihren Vorgängern in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Im Hexenring.

Roman von A. Schöbel.

40) (Nachdruck verboten.) Mit einem Lächeln wandte sich das Mädchen ab. Neben dem großen bunten Rahmen lag noch ein kleinerer, wie ein Zelt aus bunten Seidenen Lächeln wölbte sich dort über einen breiten, mit Tüpfeln beworfenen Lager. Fort wagte Hannah nicht einzutreten. Während sie forschend hineinsah, berührte ihr Arm eine Vanze, die gegen eine Türe geklopft stand. Polternd fiel sie um. Das Mädchen blickte sich danach. Da drang eine Stimme mit herrlichem Anruf hinter den Zelttüchern hervor: „Fritz, du Salgenbräut, hatte ich dir nicht verboten, betrautkommen?“ Ein Lächeln glitt über Hannas Gesicht, so hell, so strahlend! Seinen Diener mochte er nicht sehen, natürlich! Was hatte der auch für zudringliche Augen, für unbekümmerte Mienen! Aber was würde er sagen, wenn er sie erblickte! Sie schloß die Augen halb. Stumm würde er sein vor lauter Freude — die Arme würde er ausbreiten — „Es ist nicht Fritz“, rief sie mit zitternder unglücklicher Stimme. „Ich bin! Darf ich hinüberkommen?“ „Wer ich?“ „Ich“ und hinüberkommen?“ Was heißt denn das?“ Schritte wurden hörbar, voll ungeduldiger Hast trat eine Gestalt zwischen den Zelttüchern hervor. Ein Mann in lose hängendem Jackett, den Hemdfalten umgeschlagen — Alexander Vossen. Er kniete. Ja was stand denn da? Was duckte sich da und lächelte ihm entgegen? War das kein kleines Modell, das ihn im verwaschenen Blumenkleiden entzückt hatte, begeistert zu einer seiner glücklichsten Eingebungen? Himmel, Herrgott noch einmal, sah die aus im schlechtesten Sonntagsstaate — mit den großen Schuhen, dem geknackten Schärpenbunde! Und nasse Erdboden haften an ihren Sohlenrändern — ihr Kleiderjauch triefte.

— Weiburg, 2. Juni. Am Montag fand eine Versammlung der Schuhmacherzunft statt, in welcher in Anbetracht des 1. Jt. etwas zurückgegangenen Lederpreises eine Herabsetzung der bisherigen Preise um 25 Prozent beschlossen wurde. Es sind somit nicht mehr wie seither 50 pCt. zu den Grundpreisen zu rechnen, sondern nur 25 pCt. (—) Sosen, 4. Juni. Die bish. Ein hiesiger alleinlebender und alleinwohnender Bewohner, namens Wittgen, bekehrte in vorlehter Nacht einen ihn um ein Nachtquartier ansprechenden Fremden aus Mitleid auf seinem Heuboden. Als er andern morgens früh zur Arbeit aufs Feld ging, schloß der fremde Gast noch. Bei seiner Rückkehr war der Bekherberge aber verschwunden und mit ihm 2800 Mark, die er dem Gastgeber aus einem Schrank, durch Einsteigen in ein offengehaltenes Fenster gestohlen hatte.

Berlin, 2. Juni. Am 26. Februar 1919 wurde aus dem Landwehrkanal der Rumpf eines Mannes gelandet, der in einen Paletot eingewickelt war. Alle Bemühungen zur Feststellung der Persönlichkeit des Toten und zur Aufklärung des Verbrechens blieben zunächst ohne Erfolg. Erst jetzt gelang es der Kriminalpolizei, wie die Abendblätter melden, den Toten als den Oberlehrer Dr. Heimberger zu identifizieren, der auf Anstiften seiner eigenen Ehefrau von deren Flehen, einen 22-jährigen Schloffer, ermordet worden ist. Die Frau wurde verhaftet und ist geständig. Um das Verbrechen zu verheimlichen, hatte sie vor einem Jahre einen unbekannten Mann, der sich im Grünauer Forst erkängt hatte, als ihren Ehemann rekonstruiert. Der Unbekannte wurde dann als Oberlehrer Dr. Heimberger überditi.

Gerihtsjaal.

Schöffengerichtssitzung vom 31. Mai. Dem Kaufmann Paul M. von S. war ein Strafbefehl in Höhe von 100 Mark Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns von 1200 Mark zugestellt worden, weil er im September 1919 vorzüglich den Preis für Gegenstände des täglichen Bedarf, nämlich für Tabak, sehr gesteigert hatte. Er erhob gegen den Strafbefehl Einspruch. Nach der Vernehmung eines Sachverständigen erkennt das Gericht gegen den Angeklagten wegen Preiswuchers auf 500 Mark Geldstrafe. — Die Witwe Maria W. in B. hatte im Dezember 1919 ein Schwein mordergeschlachtet, ohne die Schlachtung innerhalb 24 Stunden dem zuständigen Landratsamt angezeigt zu haben und ohne das Fleisch an die Kreisfleischstelle abgegeben zu haben; auch hat sie das Schwein nach der Schlachtung nicht von einem Fleischbeschauer untersuchen lassen. Auf den ihr zugestellten Strafbefehl von 500 Mark erhob die W. Einspruch. Die Angeklagte ist geständig und das Gericht ermäßigt die Geldstrafe auf 150 Mark. — Die Landwirte Karl Th. II., Wilhelm D., Jakob W., Karl Anton D., Karl Sch., Schuhmacher Gg. Sch., die Witwe Pauline H., sämtlich aus H., hatten Strafbefehle von verschiedener Höhe erhalten, weil sie im Juli 1919 vorzüglich die Höchstpreise für Kartoffeln erheblich überschritten hatten. Sie erhoben gegen die Strafbefehle Einspruch. Das Gericht ermäßigte die Geldstrafe, und zwar bei Th. II. auf 150 Mark bei J. und Sch. je 50 Mark, bei D. auf 80 Mark, bei Sch. und W. auf je 100 Mark und bei H. und D. auf je 120 Mark.

(Altona, 31. Mai. (W.B.) Die Strafkammer des ersten Altonaer Landgerichts verurteilte den Kutscher Heinrich Tretow und den Arbeiter Heinrich Rohr, die einen Einbruch in das Mausoleum in Friedrichsruh ausgeführt und aus der Gräfkammer des Altonaer Friedhofes vier schwere silberne Kränze entwendeten, zu acht beziehungsweise 3½ Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen.

— Ludwigshafen, a. Rhein, 31. Mai. Der in der Badischen Anilin- und Sodafabrik beschäftigte Ingenieur Juchoff, der den Krieg zuletzt als Hauptmann mitmachte und der während von den Franzosen verhaftet wurde, ist wegen Diebstahls von Hausgegenständen in Frankfurt zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Bei einer Hausdurchsuchung sollen bei ihm gestohlene Gegenstände gefunden haben.

Turnen und Sport.

— Staffel, 31. Mai. Sport Am Sonntag trafen sich auf dem Exercierplatz in Oranienstein die erste Mannschaft der Spielvereinsung Staffeln und die gleiche Mannschaft des Sportvereins Die. Das Spiel wurde ziemlich scharf ausgetragen. Nur dem guten Zusammenwirken unserer Mannschaft war es zu verdanken, daß diese als Sieger mit 2:1 Toren aus dem Spiele hervorging. Leider mußte der Schiedsrichter, da sich die Diger Mannschaft seinen Anforderungen

nicht fügte, das Spiel 10 Minuten vor Schluß abbrechen. Am demselben Tage siegte unsere dritte Mannschaft gegen erste Mannschaft von Gidingen mit 8:1 Toren. Hoffentlich wird sich unser Verein, der noch nicht im Besitze eines Spielplatzes ist, eines solchen bald erfreuen können, damit die Möglichkeit gegeben ist, unsere Wettspiele in Staffeln tragen zu können.

— Hahnstätten, 31. Mai. Der Kargau der Deutschen Turnerschaft hielt zum erstenmal am gestrigen Sonntag ein besonderes Musterturnier unter den ihm angeschlossenen Turnvereinen ab. Die harte Beteiligung war, daß ein frischer Zug den Kargau durchzieht und, ein Blick des deutschen Gerätturnens sich bemerkbar macht. Leistungen an allen Geräten waren musterartige, zum Hervorragenden. Rund 40 Kiege waren gemeldet, 37, unter vier Schülerturnieren traten zum Wettkampf an. Mittags erfolgte durch den 1. Gauvertreter, Herrn (Jimmernann-Hahnstätten, die Preisverteilung, welche wie folgt gestaltete: 1. Klasse: 1. Preis Turnverein Hahnstätten mit 73 Punkten, 2. Preis Turnverein Hahnstätten mit 71 Punkten, 3. Preis Turnverein Hahnstätten mit 70 Punkten; 2. Klasse: 1. Preis Turnverein Hahnstätten mit 69 Punkten, 2. Preis Turnverein Hahnstätten mit 67 Punkten, 3. Preis Turnverein Hahnstätten mit 66 Punkten; 3. Klasse: 1. Preis Turnverein Hahnstätten mit 64½ Punkten, 2. Preis Turnverein Hahnstätten mit 64 Punkten; 4. Klasse: 1. Preis Turnverein Hahnstätten mit 63½ Punkten, 2. Preis Turnverein Hahnstätten mit 62½ Punkten, 3. Preis Turnverein Hahnstätten mit 62 Punkten; 5. Klasse: 1. Preis Turnverein Hahnstätten mit 57 Punkten, 2. Preis Turnverein Hahnstätten mit 56½ Punkten; 6. Klasse: 1. Preis Turnverein Hahnstätten mit 56 Punkten, 2. Preis Turnverein Hahnstätten mit 55½ Punkten, 3. Preis Turnverein Hahnstätten mit 55 Punkten, 4. Preis Turnverein Hahnstätten mit 54½ Punkten, 5. Preis Turnverein Hahnstätten mit 54 Punkten, 6. Preis Turnverein Hahnstätten mit 53½ Punkten, 7. Preis Turnverein Hahnstätten mit 53 Punkten, 8. Preis Turnverein Hahnstätten mit 52½ Punkten, 9. Preis Turnverein Hahnstätten mit 52 Punkten, 10. Preis Turnverein Hahnstätten mit 51½ Punkten, 11. Preis Turnverein Hahnstätten mit 51 Punkten, 12. Preis Turnverein Hahnstätten mit 50½ Punkten, 13. Preis Turnverein Hahnstätten mit 50 Punkten, 14. Preis Turnverein Hahnstätten mit 49½ Punkten, 15. Preis Turnverein Hahnstätten mit 49 Punkten, 16. Preis Turnverein Hahnstätten mit 48½ Punkten, 17. Preis Turnverein Hahnstätten mit 48 Punkten, 18. Preis Turnverein Hahnstätten mit 47½ Punkten, 19. Preis Turnverein Hahnstätten mit 47 Punkten, 20. Preis Turnverein Hahnstätten mit 46½ Punkten, 21. Preis Turnverein Hahnstätten mit 46 Punkten, 22. Preis Turnverein Hahnstätten mit 45½ Punkten, 23. Preis Turnverein Hahnstätten mit 45 Punkten, 24. Preis Turnverein Hahnstätten mit 44½ Punkten, 25. Preis Turnverein Hahnstätten mit 44 Punkten, 26. Preis Turnverein Hahnstätten mit 43½ Punkten, 27. Preis Turnverein Hahnstätten mit 43 Punkten, 28. Preis Turnverein Hahnstätten mit 42½ Punkten, 29. Preis Turnverein Hahnstätten mit 42 Punkten, 30. Preis Turnverein Hahnstätten mit 41½ Punkten, 31. Preis Turnverein Hahnstätten mit 41 Punkten, 32. Preis Turnverein Hahnstätten mit 40½ Punkten, 33. Preis Turnverein Hahnstätten mit 40 Punkten, 34. Preis Turnverein Hahnstätten mit 39½ Punkten, 35. Preis Turnverein Hahnstätten mit 39 Punkten, 36. Preis Turnverein Hahnstätten mit 38½ Punkten, 37. Preis Turnverein Hahnstätten mit 38 Punkten.

Eingesandt.

Zur Berichtigung.

In Nr. 112 des „Limburger Anzeiger“ vom Samstag veröffentlicht sich der „Sozialdemokratische Verein Limburg“ aus Anlaß seiner Wahlkampfsche mit dem „Vote“ in einer Weise mit meiner Person, die ich nicht widerprochen lassen darf.

Zuerst nennt er mich den „Hauptmitarbeiter des „Vote“ im Kampfe gegen die Sozialdemokratie“.

Die Wahrheit ist, daß ich während der ganzen Kampagne auch nicht ein Wort in den „Nassauer Nachrichten“ habe.

Dann sagt er, ich hätte der hiesigen Wohnungs-Kommission als sie meine Räume beschlagnahmte, den Eintritt meiner Dienstwohnung, sondern auch in anderen Bismarckhäusern, sobald mir dies gestattet war, persönlich umgeführt habe, und daß im Anschluß daran ein ganz dem Bismarck gehöriges Wohnhaus der Kommission zur Verfügung gestellt wurde.

Endlich sagt der Verein, ich hätte auf „Vorstellung über die Not der armen Schlucker“ geantwortet: „Was mich das Voll an?“

Die Wahrheit ist, daß nicht von der „Not der armen Schlucker“, sondern von dem Herte de der der die Sprache war, das einer der Herren Kommissäre bei dem ersten Besuche in meinem Amtszimmer auf der Bismarck-Rangliste immer wieder betonte und daß ich darauf erwiderte: Das kümmerte mich nicht. Vor mir liegt das Schreiben der vier Herren Kommissäre, vom 15. August 1919. Darin heißt es wörtlich:

„Aus dem Gedankengang und der Redewendung ergibt sich jedoch schon ohne weiteres, daß diese Worte nicht im Sinne gedeutet werden und aufgefaßt werden sollten, das Los der von der Wohnungsnot betroffenen Leute nicht kümmern. Das würde auch im Widerspruch mit der von Ew. Hochwürden des Herten betonten Vornahme für die betroffenen Familien. Mit den beiden H. W. und S. bin ich der Meinung, daß die kurzen

Endlich rang sie sich frei, Atem schöpfend. „Du“, sagte sie. „Du“. Nichts weiter, obwohl sie nun weiter er war, einer der Großen, der Angekauften. Hat sie war er derselbe geblieben, auch ohne die des Glücks und des Ruhms, die auf ihn lagen. Sie behielt er den Namen, den ihr Herz ihm geschenkt. Er wollte sie von neuem an sich ziehen, enger, drängender. Sie wehrte ihm matt. „Einen Augenblick“, rief sie. „Ich bin so schwach, hab' mich so gesehnt, so geweint.“ Sie lächelte ihm zu, süß und traurig, und flogen ihre Blicke durch den fremdartig schönen Raum. „Bin ich in die Welt getreten, aus der ich gekommen bin?“ „Du bist ich bei dir“, sagte sie feierlich. „Wie schön dir alles halten, will selber den Staub von all kostbaren Sachen hier wischen, wenn ich erst deine Frau bin.“ Sie lehnte ihr Gesicht gegen seine Brust.

Da durchfuhr ihn ein scharfer Ruck vom Schalle der Sohle. In kalter Verlegenheit Abwehr löste er seine von ihrer Gestalt. „Meine Frau? — Ja, was heißt das? Meine Frau? Sie?“

Wie von einem spitzen, scharfen Messer fühlte das Mädchen getroffen durch das Wort. „Du hab' gefühlt“, stammelte sie, — „Du hab' mich gemalt mit mir.“ — „Ich muß doch deine Frau werden!“

Er trat einen Schritt zurück, die Arme auf dem Kreuzend. Kopf schüttelnd blickte er sie an. Hatte sie Verstand verloren?

Die kleine Mädchen sollte er heiraten, weil sie Modell gestanden hatte? Weil er ein paar Rüsse auf verangend geöffneten Lippen gedrückt hatte?

Er warf den Kopf zurück. Nun, das hieß doch Realität etwas weit treiben! — Die Stirn wurde ihm heiß, er zog sein Taschentuch und bewegte es rasch und bestig. Ein schwerer Schweißbreitete sich aus.

Durch Hannas Inneres ging ein zerreißender Schmerz. Dieser Duft, — Herr Gott! Dieser Duft, — sie ihn nicht? Der hing an ihrem silberfarbenen allen Sachen der stummen Tilla hatte er angehaftet, dieser Duft, der Träume weckte!

(Fortsetzung folgt.)

schiedlich, auf das Gerede der Leute beziehen sollen." Die Herren M. und S. gehörten zur Kommission und waren Dazugehörige.

Das möge genügen. Der Brief heißt folgen, die sich weiter an der Sache interessieren, gerne beifügen. Und nun bitte ich die bei mir persönlich zur Verfügung. Und nun bitte ich die bei mir persönlich zur Verfügung. Und nun bitte ich die bei mir persönlich zur Verfügung.

Limburg, den 6. Juni 1920.

Dr. Höpfer, Generalleutnant.

AMTBLATT

(Nr. 127 vom 7. Juni 1920.)

Im Nr. 61 des Reichsblatts für 1920 (S. 420) ist mit einem Schreiben vom 22. Januar 1920 (S. 361) in Aussicht gestellte Bekanntmachung, betreffend den Wiedereintritt des Friedenszustandes gemäß § 32 des Kriegszeitgesetzes, veröffentlicht worden. In dieser Bekanntmachung wird der Zeitpunkt, mit dem die Befreiungen zu Leistungen nach Maßgabe des Kriegszeitgesetzes befristet werden, auf den 1. Mai 1920 festgestellt. Von diesem Zeitpunkt ab können Leistungen für die bewaffnete Macht nur noch beansprucht werden:

- a) auf Grund des Gesetzes, betreffend die Quartierleistungen für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 20. Juni 1866 (S. 51, S. 523),
- b) auf Grund des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 24. Mai 1898 (S. 735),
- c) auf Grund der Verordnung über die Benutzung von Grundstücken und Gebäuden, Schiffen und Wasserfahrzeugen zu militärischen Zwecken nach Eintritt des Friedenszustandes vom 28. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1341).

Zur Befreiung von Mißverständnissen und Zweifeln bei Anwendung dieser Vorschriften wird folgendes bemerkt:

a) Dauerndes Quartier gemäß § 2 Ziffer 1 des Quartierleistungsgesetzes, das nur für Mannschaften (des Standorts, nicht etwa auch für Offiziere) gefordert werden konnte, wird vom 1. Mai 1920 ab voraussichtlich überhaupt nicht mehr beansprucht werden. Nötigenfalls wird die Unterkunft für solche Truppen durch Errichtung oder auf Grund der Verordnung unter c) sichergestellt sein.

Für das nach § 2 Ziffer 2 des Quartierleistungsgesetzes angeforderte vorübergehende Quartier für Mannschaften wird vom 1. Mai 1920 ab Vergütung nach den höheren Sätzen unter 4, 5, 6, 7 und 8 des Servistatuts statt wie bisher nach den Sätzen unter a) gewährt. Die Beanspruchung von vorübergehendem Quartier für Offiziere wird sich voraussichtlich in möglichen Grenzen halten.

Zu b: Vorpaum gemäß § 2 Ziffer 1 des Naturalleistungsgesetzes darf nicht für jeden militärischen Zweck, sondern nur für die auf Märchen, im Bival oder Vager bestimmten Mäht gefordert werden. Die Vergütung dafür regelt sich nach § 2 der Bekanntmachung, betreffend die Vergütungen für Vorpaum und Spanndienste vom 20. Dezember 1919 (Reichs-Gesetzbl. für 1920 S. 17). Der Vorpaumtarif vom 25. Februar 1901 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 48) kommt bis auf weiteres nicht zur Anwendung.

Die Verabreichung von Naturalverpflegung gemäß § 2 Ziffer 2 des Naturalleistungsgesetzes kann nur in den im § 4 dieses Gesetzes bezeichneten Fällen, in dem Falle des § 4a in der Regel nicht länger als fünf Tage beansprucht werden. Eine angemessene Erhöhung der Vergütung für die verabreichte Naturalverpflegung mit Wirkung vom 1. Mai 1920 ab ist in Aussicht genommen. In dieser Hinsicht wird weitere Mitteilung vorbehalten.

Die Anforderung von Fourage nach § 2 Ziffer 3 des Naturalleistungsgesetzes ist auf die im § 5 des Gesetzes bezeichneten Fälle beschränkt. Eine ausreichende Bezahlung ist durch die Vorschriften im § 9 Nr. 3 des Gesetzes gewährleistet.

Zu c: Nach der Verordnung vom 28. November 1918 ist es zulässig, daß die Reichsregierung Grundstücke, Gebäude, Schiffe und Wasserfahrzeuge in Fällen dringenden Bedarfs über den 1. Mai 1920 hinaus weiter demut oder neu anfordert. Von diesem Recht wird jedoch nur in beschränktem Umfang Gebrauch gemacht werden. Es wird vielmehr angestrebt werden, daß nach einer gewissen Uebergangszeit die Freigabe der Grundstücke usw. durchgeführt ist, damit sie für Wohnzwecke, gewerbliche oder landwirtschaftliche Zwecke nutzbar werden. Ich glaube annehmen zu können, daß die Inanspruchnahme von Grundstücken usw. mit Zustimmung der Landesverwaltungsbehörden über den 1. November 1920 hinaus gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung nicht in Frage kommen wird.

Auch die Weitervermietung der Grundstücke und Gebäude auf Grund des § 8 der Ablassungsverordnung vom 8. August 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1375) für andere öffentliche Zwecke als für militärische wird nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Für die auf Grund der Ablassungsverordnung vom 8. August 1919 weiter benutzten Grundstücke und Gebäude wird in jedem Falle im Benehmen mit der Landesverwaltungsverwaltung festgestellt werden müssen, mit welchem Zeitpunkt die Inanspruchnahme auf Grund des Kriegszeitgesetzes bzw. der Verordnung vom 28. November 1918 beendet ist.

Für die Feststellung und Anforderung der Vergütungen für die auf Grund der Verordnung vom 28. November 1918 beanspruchten Grundstücke, Gebäude, Schiffe und Wasserfahrzeuge sind die Vorschriften unter III, 11. Punkt 3 bis 6 und unter VII der Ausführungsverordnung zum Kriegszeitgesetz maßgebend.

Die Bezahlung der Vergütungen für die vom 1. Mai 1920 ab beanspruchten Quartierleistungen, Vorspannleistungen und für Naturalverpflegung und Fourage erfolgt aus Mitteln der Heeresverwaltung. Soweit die Vergütungen nicht sofort von den Truppenteilen bezahlt werden, sind sie nach Maßgabe der Vorschriften des Quartier- und Naturalleistungsgesetzes bei den zuständigen Wehrkreisintendanturen anzufordern.

Zur Ausführung des § 22 des Kriegszeitgesetzes erlaube ich ergeben, gefälligst veranlassen zu wollen, daß die nach Beilage C Spalte III der Ausführungsverordnung zum Kriegszeitgesetz zuständigen oberen Verwaltungsbehörden in der Woche vom 9.—15. Mai 1920 nach anliegendem Muster Bekanntmachungen über die Anmeldung der noch ausstehenden Vergütungsansprüche für Kriegszeitleistungen in den amtlichen Anzeigebältern erlassen.

Eine Aufstellung der Abwicklungsintendanturen und ihrer Standorte liegt bei.

Fälle, in denen Zweifel darüber bestehen, ob zulässige Anforderungen und Leistungen der bewaffneten Deutschen Macht für militärische Zwecke im Sinne des Quartier- und Naturalleistungsgesetzes vorliegen, bitte ich mir zur Stellungnahme mitzuteilen.

Berlin NW. 40, den 14. April 1920,
Königsplatz 6.
Mollstr. 8.

Der Reichsminister des Innern.
Roch.

1. K. 2111. II. Ang.

An die Magistrat und Herren Bürgermeister des Kreises Limburg und des Hunsrückkreises.
Abdruck zur Kenntnisnahme und genauen Beachtung. Die im vorstehenden Erlass (Abs. 3 von unten) erwähnte Bekanntmachung, welche auch im amtlichen Teil des Kreisblattes (Nr. 121 von 1920) veröffentlicht ist, ist im Amtsblatt der Regierung Kassel (Sonder-Ausgabe) Nr. 19a von 1920 abgedruckt.

Limburg, den 27. Mai 1920.
S. 1460.

Der Landrat.

Eine Anzahl beteiligter Handwerker hat bei mir die Errichtung einer Zwangsinnung für alle diejenigen beantragt, welche im Kreise Limburg nördlich der Bahn das Baderhandwerk als stehendes Gewerbe selbständig betreiben und der Regel nach Gesellen und Lehrlinge halten.

Nach habe daher auf Grund der Bestimmung unter Ziffer 100 der Ausführungsverordnung zur Reichsgewerbeordnung vom 1. Mai 1904 den Herrn Landrat in Limburg und im Bedarfsfalle seinen Vertreter zu meinem Kommissar bestellt, zur Ermittlung, ob die Mehrheit der beteiligten Handwerker im Bezirk der geplanten Zwangsinnung der Einführung des Beitrittszwangs zustimmt.

Kassel, den 10. Mai 1920.

Der beauftragte Regierungspräsident.
A. H. G. N. 932.)

Bekanntmachung.

Hierdurch mache ich bekannt, daß Erklärungen für oder gegen die Errichtung einer Baderzwangsinnung für die Gemeinden nördlich der Bahn schriftlich oder mündlich bis zum 5. Juni 1920 bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann während des angegebenen Zeitraums werktäglich von 9 bis 12½ Uhr auf Zimmer 1 des hiesigen Landratsamtes erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirke der Gemeinden des Kreises Limburg nördlich der Bahn das Baderhandwerk selbständig betreiben, zur Abgabe ihrer Erklärung auf. Erklärungen, welche nicht klar erkennen lassen, ob der Erklärende der Errichtung der Zwangsinnung zustimmt oder nicht, sind ungültig; nach Ablauf des obigen Zeitraums eingehende Erklärungen bleiben unberücksichtigt.

Die Abgabe einer Erklärung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung der Zwangsinnung gestellt haben.

An die Herren Bürgermeister der Gemeinden des Kreises nördlich der Bahn.

Unter Hinweis auf vorstehende Bekanntmachung, betr. die Errichtung einer Baderzwangsinnung für die Gemeinden nördlich der Bahn, ersuche ich, sämtlichen in Ihren Gemeinden wohnenden Bäder, welche ihr Handwerk selbständig betreiben auf die Bekanntmachung sofort ganz besonders aufmerksam zu machen und mir bis zum 25. d. Mts. mitzuteilen, an welchem Tage dies geschehen ist.

Limburg, den 1. Juni 1920.

S. 447/97.

Der Landrat.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 13 der Verordnung vom 20. September 1887 über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden in Abänderung des § 46 der Wegepolizeiverordnung vom 7. November 1899 (Amtsblatt S. 418) folgende Polizeiverordnung erlassen:

Einzigiger Paragraph.

Der § 46 der Wegepolizeiverordnung vom 7. November 1899 erhält folgende Fassung:

Niemand darf Mistgäule oder andere unreine oder abelriechende Flüssigkeiten, Gusschmelzen, Pese- oder andere Steine, Abfälle, Unkraut, Heubricht oder sonstigen Unrat auf oder in öffentliche Wege, deren Gräben, Rinnen oder Kanäle auskühlen oder fließen lassen.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai d. Js. in Kraft.

Wiesbaden, den 18. März 1903.

Der königliche Regierungspräsident.

J. W. Bata.

Die Ortspolizeibehörden des Kreises ersuche ich, vorstehende Bestimmung wiederholt auf ortsübliche Weise zu veröffentlichen und ihre Befolgung durch die unterstellten Organe strengstens überwachen zu lassen; auch die Ortspolizeiverordnungen über die Reinhaltung der Straßen sind in Erinnerung zu bringen und unachlässig zu handhaben.

Limburg, den 29. Mai 1920.

S.

Der Landrat.

Schellen.

Beitritt Erneuerungsanträge für Flüchtlinge.

Zur Fernhaltung des Zustromes von Flüchtlingen, namentlich aus den östlichen Grenzgebieten von den großen Städten scheint es geboten, daß die Gemeinden die Erneuerungsanträge für Flüchtlinge gemäß § 10 der Reichsverordnung über Erneuerungsanträge vom 26. Januar 1920 noch von weiteren Voraussetzungen als den in der Verordnung ausdrücklich erwähnten abhängig machen. Die Erneuerungsanträge werden in Anwendung dieser Vorschrift Flüchtlingen nur dann zu gewähren sein, wenn sie, abgesehen vom Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen der Reichsverordnung, der Gemeinde durch die zuständige amtliche oder amtlich beauftragte Fürsorgestelle zugewiesen sind, oder aber ihre Zurückführung auf im Orte lebende nahe Verwandte (Eltern und Geschwister) oder aus dringenden Gründen der Berufstellung erfolgt.

Ich ersuche ergeben, die Träger der Erneuerungsanträge entsprechend zu verständigen und bei dieser Gelegenheit auch darauf hinzuweisen, daß der Begriff des politischen Grunde in § 5 Absatz 2 Satz 4 nicht zu weit ausgelegt werden darf. Politische Gründe sind im allgemeinen nur solche, die sich aus der besonderen Einwirkung der Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung, von Staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten oder internationalen Beziehungen der Nationalitäten oder Parteigruppierungen

auf die Verhältnisse des betreffenden Erwerbslosen ergeben, nicht dagegen Gründe rein wirtschaftlicher Art.

Berlin W. 66, den 26. April 1920.

Leipzigerstraße 3.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.

Im Auftrag: Unterschrift.

III. B. 880.

Da die Herren Regierungspräsidenten. Abschrift übersende ich ergeben, zur gefälligen Kenntnis unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 13. April d. Js.

I. E. 1284/20.

Im Auftrage: Unterschrift.

An den Herrn Reichsarbeitsminister.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Wird veröffentlicht.

Ich ersuche um Beachtung.

Limburg, den 31. Mai 1920.

S.

Der Landrat.

Verordnung

über Milch- und Butterhöchstpreise.

Auf Grund des § 9 der Verordnung über die Bewirtschaftung von Milch und Butter und den Verkehr mit Milch und Butter vom 3. November 1917 (R. G. Bl. S. 1005) und Ziffer 2 der preussischen Ausführungsverordnung vom 18. November 1917 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 275) und der Verordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 29. Mai 1920 werden im Kreise Limburg die Höchstpreise für Milch und Butter wie folgt festgesetzt:

§ 1. a) Der Preis für das Liter Vollmilch ab Stall beziehungsweise bei Anlieferung an die Ortsmolkerei wird auf Mark 1,50 festgesetzt.

b) Wird die Milch von dem Erzeuger selbst (durch eigene Anfuhr) an eine Sammelstelle außerhalb der Gemeinde, in welcher der Erzeuger seinen Wohnsitz hat, abgeliefert, so erhöht sich der vorstehend unter a) genannte Preis für das Liter Vollmilch auf Mark 1,55.

c) Beim Verkauf der Milch durch die Ortsmolkerei mit Ausnahme der Stadt Limburg wird der Preis für das Liter Vollmilch auf Mark 1,55 festgesetzt.

d) Der Preis für das Liter Magermilch beim Verkauf durch die Ortsmolkerei, mit Ausnahme der Städte Limburg und Camberg, wird auf Mark 0,75 beim Verkauf ab Stall auf Mark 0,70 festgesetzt.

§ 2. Der Preis wird für Butter ab Erzeuger auf Mark 16,50,

b) bei Abgabe an den Verbraucher im Kleinhandel auf Mark 17,50 für das Pfund festgesetzt.

§ 3. Die in dieser Bekanntmachung oder auf Grund dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914, in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1917 (R. G. Bl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (R. G. Bl. S. 725), 23. März 1916 (R. G. Bl. S. 183) vom 22. März 1917 (R. G. Bl. S. 253) und 8. Mai 1918 (R. G. Bl. S. 395).

§ 4. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 14 der Verordnung vom 3. Oktober 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, auch der Versuch ist strafbar. Neben der Strafe kann auch auf Entziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 5. Diese Verordnung tritt ab 1. Juni 1920 in Kraft und mit dem gleichen Tage tritt die Verordnung des Kreis-Ausschusses vom 26. Januar 1920 außer Kraft.

Limburg, den 2. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Schellen.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

zur Kenntnis und sofortigen ortsüblichen Bekanntmachung.

Limburg, den 2. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Ungeachtet des Umstandes, daß durch den Friedensvertrag Elb-Lothringen und Teile von Westpreußen und Posen vom Deutschen Reich abgetrennt worden sind, halte ich es für richtig, daß Versicherten, die in Deutschland wohnen und deren Quittungsarten bisher auf den Namen der Versicherungsanstalt Elb-Lothringen, Westpreußen und Posen lauten, auch weiterhin Karten mit dem Namen der bisherigen Ursprungsanstalt (§ 1418 der Reichsversicherungsordnung) ausgestellt werden. Dagegen ist von einer Versendung der ausgerechneten Karten an die genannten Anstalten gemäß § 1423 Absatz 1 a. a. O. abzusehen. Vielmehr sind diese Karten einzuweisen bei der Versicherungsanstalt, der sie von den Aufrechnungsstellen eingekandt wurden, zu verfahren, bis darüber Bestimmung getroffen ist, welche Versicherungsanstalten an Stelle der bisherigen Ursprungsanstalten treten. In dem Abkommen mit den beteiligten Staaten wird dafür einen gegenseitigen Austausch der Quittungsarten Sorge getragen werden.

Berlin, den 12. März 1920.

Leipzigerstraße 32-34.

Der Reichsarbeitsminister.

II. 1562.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 28. Mai 1920.

Das Versicherungsamt.

Ratholische Gemeinde.

Mittwoch 7½ Uhr im Dom feierliches Amt für Frau

Maria Bröb geb. Hamm.

Donnerstag 7½ Uhr im Dom Amt für Maria Stamm;

nachmittags 5 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

Freitag, Herz-Jesu-Fest. Um 7½ Uhr im Dom feierliches

Amt zu Ehren des hl. Herzens Jesu. Abends 8 Uhr im

Dom feierliche Herz-Jesu-Andacht mit Ansprache, Erneuerung

der Weihe an das Herz Jesu und Prozession.

Samstag 7½ Uhr im Dom feierliches Amt zu Ehren

des hl. Antonius. Um 8 Uhr im Dom Amt für Johann

Rosk. Um 4 Uhr Gelegenheit zur hl. Beichte.

Heuwender

fast neu, preiswert abzugeben. Dasselbst einige

gebr. Hand- und Göbeldreschmaschinen.

Josef Schmidt,

12/127 Landwirtschaftl. Maschinen u. Geräte.

Dierzerstr. 32. Dierzerstr. 32.

Ab 1. 2. bis 31. 7. 20 sind den kaufm. Angestellten des Kleinhandels in Stadt und Kreis Limburg nachstehende Gehälter zu zahlen:

Lehrlinge	im	1.	2.	3. Jahr				
		40.—	70 —	100.—				
Lehrlinge mit 1jähr. Berechtigungsschein oder mindestens 1jährigem Besuch der Handelsschule		70.—	100.—	—				
Männl. Angestellten:								
im	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8. Gehilfenjahr
	270.—	310 —	340.—	360.—	420 —	450.—	500.—	550.—

Weibl. Lehrlinge erhalten 10%, weibl. Angestellte 15% weniger. Verheiratete männl. und weibl. Angestellte, sowie alleinige Ernährer von Familien über 25 Jahre erhalten 20% Zuschlag.

Arbeitsgemeinschaft der kaufm. Verbände.

Die Gewinn- und Verlosungs-Ziehung der Deutschen Spar-Prämienanleihe 1919

findet am 1. Juli statt.

Zur Verlosung kommen:

2000 Gewinne (1000 bis 1000000 M.)	= M. 20000000
20000 Auslosungen mit Bonus (1.50 + 1000 M.)	= M. 41000000
90000 Auslosungen à 1050 M.	= M. 21000000
	M. 82000000

Die Prämienstücke zu 1000 M. nominal sind zum Tageskurse durch jedes Geldinstitut zu beziehen und werden durch die Darlehnskassen des Reichs mit 85% des Börsenkurses ohne Schmälerung der Rechte der Besitzer zum Darlehenskassenzinssatz (5 1/2%) beilehen

Reichsfinanzministerium (Anleihestelle)

Gemüse-Verkauf.

Am Dienstag den 8. Juni, von 2—4 Uhr nachmittags in der städt. Gemüseverkauftstelle im Hospitalhof Verkauf von Kopfsalat.

Stadt. Lebensmittelamt.

Freiwillige Versteigerung.

Mittwoch, den 9. Juni er., nachm. 2 Uhr, versteigere ich hier im Rahmed, Untere Grabenstr. meistbietend gegen Bar:

Eine Schlafzimmers-Einrichtung (2 Betten, 1 Kleiderständer, 1 Waschtisch, 2 Nachttische und 2 Stühle) und eine Kücheneinrichtung, alles fast neu. Besichtigung der Sachen eine Stunde vor Beginn. Die Versteigerung findet bestimmt statt.

Limburg, den 7. Juni 1920.

16/127

Bäcker, Gerichtsvollzieher.

Balle-Verkauf.

Der Schützenverein Dauborn verkauft seine Schießhalle 4x7 im zum Abbruch Mittwoch den 9. Juni nachmittags 1 Uhr an Ort und Stelle, sowie circa 11 im Weibsch.

Der Vorsitzende.

Gustav Adolfs-Fest

des Hauptvereins Wiesbaden

am 8. und 9. Juni 1920

zu dem die Mitglieder der evangelischen Gemeinde eingeladen werden.

Dienstag den 8. Juni, abends 8 Uhr: Familienabend im Evangelischen Gemeindehaus: Begrüßungen, Ansprachen, Gesangsvorträge des Cäcilienvereins und des Kirchenchors

Mittwoch den 9. Juni, vorm. 9 1/2 Uhr: Versammlung im Hofe des Gemeindehauses (Obere Schiede) und Zug in die Kirche

Zugordnung: Musikchor, Schüler der Volksschule, Schülerinnen der höheren Töchterschule, Gymnasiasten, die Konfirmanden der drei letzten Jahre, Kirchenchor, Jünglingsverein, Frauenhilfe, Jungfrauenverein, Geistlichkeit, Mitglieder des Hauptvereins und der auswärtigen Hauptvereine, Deputierte der Zweigvereine, Kirchenvorstand und Gemeindevertretung, Cäcilienverein, Festgäste, Gemeindeglieder.

10 Uhr Gottesdienst (Pfarrer Beckmann aus Wiesbaden) unter Mitwirkung des Kirchenchors und der Musikkapelle.

Der Kirchenvorstand.

Einkochgläser und -Apparate

Rex u. andere Systeme.

Habe noch vor den höchsten Aufschlägen eingekauft und offeriere dieselben in bekannten Qualitäten u. alten Preisen solange der Vorrat reicht

Biergläser, Weingläser Brantweingläser wieder eingetroffen.

Kaffee-, Tee-, u. Esservices, Wasch- u. Küchengeräte.

Geschenk-Artikel

in reichster Auswahl.

Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

J. A. Gernand.

Ältestes Porzellan- u. Glasgeschäft Limburgs. Am Bischofsplatz.

Herren-Garderoben

werden auf neu gereinigt

Damen-Kleider

werden sofort chemisch gereinigt

Chemische Waschanstalt

Bender, Limburg a. d. L.

Telefon 88.

193

Annahmestelle Neumarkt.

Nähmaschinen

Nadeln

Öl

Schreibmaschinen

Farbbänder

Öl

sonstiges Zubehör.

Fahrradbereifungen

Flickgummi

Gummilösung

Carbid

Feuerzeugbenzin

Centrifugenöl

Taschenlampenbatterien

Mech. Reparaturwerkstätte für Maschinen aller Art.

Wilh. Möbus, Automobile LIMBURG.

12000 Liter naturreiner

Apfelwein

sofort greifbar, zu Mk. 6,80 per Liter ohne Steuer in Käufers Gebinden ab Keller Wiesbaden.

Weinbrand-Verschnitt

38/40% zu Mk. 42,75 per Flasche mit Freigeldzeichen versehen ohne Glas, Kisten und Hülsen in jedem beliebigen Quantum lieferbar ab Keller Wiesbaden offeriert.

Georg Abele,

Wiesbaden.

Lehrverträge zu haben in der Kreisblatt-Druckerei.

Zahnpraxis

A. Michels, Dentist

NB. Alle Behandlungen werden nur durch mich persönlich ausgeführt.

Sämtliche technischen Arbeiten, sowohl in Gold wie in Kautschuk werden in eigenem Laboratorium hergestellt.

Verarbeitung nur erstklassiger Materialien.

Sprechstunden:

Von 9—12, 1—6, Sonntags von 9—12 Uhr.

Gezwirnte Hosenzeuge

neu eingetroffen.

Wilh. Behnard sen.

Limburg a. Lahn,

Kornmarkt 1.

27/121

Zuverlässiger selbständiger Landwirt und Kutscher

so wie ein

Mädchen

für H. landw. Betrieb in Bad Ems sofort gesucht 14/127 G. H. A. Drave, Birgwerfstraße.

Villa „Eisenhöhe“

Bad Ems, Frenbergerstr. 12.

Christliches, zuverlässiges

Mädchen, das schon in besserem Hause gedient hat, für kleinen Haushalt gesucht.

16/127

Levi, Hospitalstr. 3.

Int. H. junges Mädchen mit guter Schulbildung kann zur Erlernung der Zahn-technik eintreten.

Schriftliche Offerten unter 4/127 a. d. Exp. d. Bl.

Erstmädchen, das kochen kann, für sofort gesucht.

6/127

Frau W. Passavant,

Niedelbacher Straße.

Eisenbleche

1000x1000x4-5 mm, gerade, ganz w. gebr. Rand gelocht, (20 mm br.) 3500 kg. auch Teilw. a kg. Mk. 3,00 sofort ab Lager Limburg lieferbar.

2/126

Karl Haardt, Dillenburg

Telefon 247.

Kopfdünger

Schwefelsaures Ammoniak, sowie

Ammoniak-Superphosphat 13/6 u.

offert billigst

Robert Schmidt, Niederbrechen.

Suche für mich und meine noch Operation erholungsbedürftige Braut ruhigen Landaufenthalt bei guter Verpflegung. (Mädchen). Anf. 1. Juli.

Angebote unter 7/127 an die Expedition des Blattes.

Ein noch fast neues Jagdgewehr Kaliber 16, Zentralfeuer, zu verkaufen 11/127 Wo sagt die Expedition.

Die komplette Einrichtung einer kleinen

Ölmühle

zu verkaufen

Anfr. befördert unt. 15/127

die Geschäftsstelle d. Bl.

Eine leichte Federrolle u. ein Einspanner-Pferdegewehr zu verkaufen.

Jakob Gehm,

Rüdershausen.

Arbeitsbücher zu haben in der Kreisblatt-Druckerei.

Handwerker

Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und Hilfe

in allen Angelegenheiten:

Wirtschaftsräte

Notstandsbeschaffung

Fachliche Beratung

Steuersachen

Rechtsfragen

Technisches Rat

Förderungen

Buchführung

durch die Geschäftsstelle

des Kreisverbandes

für Handwerk und

Gewerbe

Limburg a. Lahn

im Schloss

Parade 222